



23. FEBRUAR 2004 KURIER

Altersvorsorge: Auswege aus dem Angebotsdschungel

Experten fordern steuerliche Gleichbehandlung der Produkte und mehr Transparenz

Auf die gewaltige Summe von 10.900 Mrd. € schätzt Carsten Maschmeyer, General des börsennotierten Finanzdienstleisters AWD, das Potenzial für die private Altersvorsorge in Europa für das Jahr 2005. Zum Vergleich: 2000 investierten die Europäer 6800 Mrd. € in die zusätzliche Pensionsvorsorge.

Wolfgang Prasser, Chef des AWD-Österreich rechnet auch hier zu Lande mit weiterhin kräftigen Zuwachsraten. „Zwei Drittel der Österreicher gehen davon aus, dass sie privat vorsorgen müssen, bei den unter 30-Jährigen sind es sogar 90 Prozent“, zitiert er aus einer markt-Umfrage. 36 Prozent spa-

ren bereits ganz gezielt auf ihre Altersvorsorge an.

Die Konsumenten fühlen sich allerdings durch das unüberschaubare Angebot an Produkten für die Privatpension zunehmend überfordert. „Die Frage ist, ob die Kunden angesichts der steuerlichen Intransparenz und der Vielfalt der Anbieter noch einen Überblick haben können“, plädiert Prasser für die steuerliche Gleichbehandlung der verschiedenen Altersvorsorge-Produkte. Die Kunden wollten transparente Lösungen sowie umfassende, lebenslange Beratung.

Wenig Freude zeigt Prasser über das neue Immobilienfondsgesetz. Diese Fonds wür-

den gegenüber Immobilienaktien und auch Deutschen Fonds benachteiligt, da die Aufwertungsgewinne schon vor ihrer Realisierung besteuert werden.

SCHIEDSRICHTER Sozialforscher Bernd Marin sieht eine wachsende Bedeutung von Finanzdienstleistern, die von Produktherstellern (Versicherungen, Banken, Fonds) unabhängig sind: „Den unabhängigen Finanzberatern kommt immer stärker die Funktion eines Schiedsrichters zu. Gerade beim Thema Pension ist Transparenz wichtig, die Leute müssen über die Basis-Fakten aufgeklärt werden. Die Regierung

macht das nicht und die Sozialbürokratie ist dazu nicht in der Lage.“

Marin sparte außerdem auf einem Finanzsymposium des AWD in London nicht mit Kritik am aktuellen Kompromissvorschlag zur Pensionsharmonisierung in Österreich. Der Experte vermutet, „eine suboptimale Rückzugsmöglichkeit für etwas, das man falsch gemacht hat, aber nicht zugeben will“. Derzeit, kritisiert Marin, subventionieren Aktivbeschäftigte und Selbstständige aller Branchen die Sonderrechte einzelner Gruppen wie Beamte oder Politiker mit 150 € monatlich. –ANDREA HODOSCHEK

London